

Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials

Nach einem längeren Zeitraum der Wachstumsstockung und hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit befindet sich die deutsche Wirtschaft nunmehr in einem recht stabilen Aufschwung. Die stärkere Investitionstätigkeit und die 2006 eingeleitete Wende am Arbeitsmarkt werden nicht allein zyklisch getragen, sondern sind zugleich Ausdruck strukturell bedingter Anpassungen, die auch ein mittelfristig höheres Wachstum versprechen. Die Restrukturierungsanstrengungen auf der Unternehmensebene haben dazu ebenso beigetragen wie die maßvolle Lohnpolitik, die größere Flexibilität beim Arbeitseinsatz und die arbeitsmarktpolitische Neuorientierung.

Der vorliegende Beitrag nimmt diese Entwicklung zum Anlass, die bisherigen Schätzungen des Produktionspotenzials der deutschen Wirtschaft zu überprüfen. Gegenwärtig dürfte das Potenzialwachstum auf $1\frac{1}{2}\%$ bis $1\frac{3}{4}\%$ pro Jahr und damit um rund einen viertel Prozentpunkt höher zu veranschlagen sein als in der Zeit davor. Damit hätte die deutsche Wirtschaft zwar im verschärften Standortwettbewerb wieder etwas Boden gutgemacht. Die Stärkung der Wachstumsgrundlagen muss jedoch weiter fester Bestandteil der wirtschaftspolitischen Reformagenda bleiben, zumal der in jüngerer Zeit erkennbaren Besserung ein lang anhaltender Dezelerationsprozess voranging.

Aufschwung im Zeichen struktureller Besonderheiten und wirtschaftspolitischer Reformen

Aufschwung mit retardierenden Momenten

Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit in einem recht stabilen Aufschwung. Zu Beginn war die Konjunkturerholung fast ausschließlich von einem überaus dynamischen Export getragen worden, ehe ab Mitte 2004 die Unternehmensinvestitionen das zweite Standbein der zyklischen Aufwärtsbewegung bildeten. Die Wachstumsbasis festigte und verbreiterte sich im letzten Jahr, als mit dem privaten Verbrauch und dem Wohnungsbau weitere, quantitativ gewichtige Bereiche der Inlandsnachfrage ins Plus drehten. Der laufende Aufschwung gleicht – vom Ablauf her betrachtet – dem für Deutschland typischen Muster. Hinsichtlich seiner Dynamik und der Dauer der bislang durchlaufenen Erholungsphase ist er jedoch partiell von einer Trägheit gekennzeichnet, die im historischen Vergleich als außergewöhnlich eingestuft werden kann. Sieht man von den letztjährigen Vorzieheffekten ab, die von der Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Abschaffung der Eigenheimzulage ausgelöst wurden, ist die Ausgabenneigung der privaten Haushalte angesichts der nunmehr schon vier Jahre anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung recht verhalten geblieben,¹⁾ und auch der Wohnungsbau ist in seiner Grundtendenz immer noch schwach.

Aufbau struktureller Defizite während der neunziger Jahre

Die retardierenden Momente der zyklischen Entwicklung liefern Hinweise auf Spätfolgen der Wiedervereinigung und tiefer liegende Probleme der deutschen Volkswirtschaft, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht

nur die Systemtransformation Ostdeutschlands schultern, sondern sich auch gegen die rasch aufstrebenden Transformations- und Schwellenländer in einem zunehmend scharfen Wettbewerb um Produkte und Produktionsstandorte behaupten musste. Die schlagartig entstandenen, vielfach drängenden Herausforderungen, die der Vereinigungsprozess auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit sich brachte, banden während der neunziger Jahre Kräfte und verstellten zudem den Blick auf die negativen Konsequenzen, die bei der Alles in Allem zu zögerlichen Anpassung der heimischen Wirtschaftsstruktur an das geänderte weltwirtschaftliche Umfeld erwachsen.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz der neunziger Jahre, die verheißungsvoll mit dem Vereinigungsboom begonnen hatten, fiel letztlich enttäuschend aus. Deutschland war bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zumeist „Wachstumsschlusslicht“ im heutigen Euro-Raum. Danach verharrte die hiesige Wirtschaft mit dem Platzen der New-Economy-Blase und dem Auftreten adverser Schocks in einer insgesamt drei Jahre währenden Stagnation, die vom Abbau einer Vielzahl von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen begleitet war. Insbesondere der hohe Sockel an Arbeitslosigkeit und die überforderten Sicherungssysteme wurden zu einer dauerhaften Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft. Immer offenkundiger wurde die Notwendigkeit, auf wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischer Ebene Kurskorrekturen vorzunehmen.

Ernüchternde wirtschaftliche Bilanz zu Beginn des Jahrzehnts

¹ Vgl. dazu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung, Monatsbericht, September 2007, S. 41–56.

*Verschärfte
Standort-
konkurrenz*

Die ungünstige preisliche Wettbewerbsposition, in der sich die deutschen Unternehmen zu Mitte der neunziger Jahre befanden, musste auch unter den Bedingungen der Währungsunion über den mühsamen Anpassungsprozess einer moderaten Lohn- und Preisentwicklung korrigiert werden.²⁾ In der Tarifpolitik begann eine längere Phase ausgeprägter Lohnzurückhaltung. Diese Strategie half, die angeschlagene Attraktivität Deutschlands als Investitions- und Produktionsstandort wiederherzustellen.³⁾ Überdies nutzten die Firmen die Möglichkeit, arbeitsintensive Fertigungsstufen ins Ausland zu verlagern, um Produktionskosten zu senken. Dadurch verschärfte sich zunächst noch die Problemlage am Arbeitsmarkt.⁴⁾ Auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise im Jahr 2003 leitete die damalige Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 und der sogenannten Hartz-Gesetzgebung erste Reformschritte ein, die überholten Arbeitsmarktstrukturen zu modernisieren und die hohe Beschäftigungsschwelle des Wirtschaftswachstums abzusenkten.

Potenzialpfad und Arbeitsmarkt

*Niveaueffekte
auf das
Produktions-
potenzial*

Es ist naheliegend, die seit Anfang 2006 beobachtbare, kräftige Ausweitung des Arbeitsvolumens insbesondere im Unternehmensbereich mit den tarif- und wirtschaftspolitischen Anstrengungen, die verhärteten Strukturen am Arbeitsmarkt aufzulösen, in Zusammenhang zu bringen. Im Kontext der Potenzialrechnung muss jedoch die zyklische Belebung von der strukturellen Verbesserung analytisch getrennt werden. Der positive Gesamteffekt

auf das Produktionspotenzial ist zudem nicht allein auf den Faktor Arbeit beschränkt, weil Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Sachkapitalbildung bestehen.⁵⁾ Überdies ist ein Großteil des technischen Fortschritts kapitalgebunden, sodass über den Weg der Anlageinvestitionen auch der Modernitätsgrad der Wirtschaft vom besseren Zusammenwirken von Arbeit und Kapital profitiert haben dürfte.

Vor allem das Prinzip „Fördern und Fordern“ der Agenda 2010, die Einführung einer bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung für Arbeitsfähige sowie die Stärkung des Risikoversicherungscharakters beim Arbeitslosengeld waren wichtige Leitlinien und Maßnahmen der seit 2003 von der Wirtschaftspolitik umgesetzten Reformagenda. Die Korrektur von großzügigen Vorruhestandsregelungen und die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters haben zudem die zuvor eingetretene Verkürzung des Arbeitsangebots wieder beseitigt. Da sie überdies zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme beigetragen haben, wurden Spielräume für eine Reduzierung des hohen Steuer- und Abgabenkeils geschaffen, was infolge der verringerten Zusatzlast der Besteuerung Ar-

*Anstrengungen
zur Überwin-
dung der
Wachstums-
und Beschäf-
tigungskrise*

2 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Der deutsche Außenhandel im Euro-Raum: konjunkturelle Effekte und strukturelle Bestimmungsgründe, Monatsbericht, März 2007, S. 39–50.

3 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Investitionstätigkeit in Deutschland unter dem Einfluss von technologischem Wandel und Standortwettbewerb, Monatsbericht, Januar 2007, S. 17–31.

4 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Grundlinien im internationalen Vergleich, Monatsbericht, Januar 2007, S. 33–54.

5 Dieser Zusammenhang wurde bereits thematisiert in: Deutsche Bundesbank, Faktorpreise, Beschäftigung und Kapitalstock in Deutschland: Ergebnisse einer Simulationsstudie, Monatsbericht, Juli 2001, S. 51–64.

beitsangebot und -nachfrage positiv beeinflusst hat. Mini- und Midi-Jobs sowie ein flexibler Einsatz der Leiharbeit erleichterten den (Wieder-)Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Auf diese Weise dürften auch Teile der Stillen Reserve zur Arbeitsaufnahme ermuntert worden sein. Tarifpolitisch von Bedeutung war, dass die Korrekturen im Lohngefüge sowie die Zunahme von Freiheitsgraden auf der Unternehmensebene eine gute Basis für die Effektivität der Reformmaßnahmen gelegt haben. Dies gilt nicht zuletzt für die Arbeitszeitgestaltung. Die eingeräumte Flexibilität zusammen mit teilweise verlängerten Arbeitszeiten vergrößerte in direkter Weise den möglichen Arbeitseinsatz und verbesserte dessen zeitliche Disposition, was inzwischen auch dem Risiko eines potenziellen Fachkräftemangels entgegenwirkt. Indirekt ermöglichten die verbesserten Arbeitszeitarangements einen höheren Nutzungsgrad für das Sachkapital. Ferner wurde durch die Arbeitszeitverlängerung sicherlich auch das Problem der Nominallohnrigidität entschärft und die Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschont.

Da die Reformmaßnahmen insgesamt geeignet sind, entweder die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen und damit die Verweildauer in Arbeitslosigkeit beziehungsweise in der Stillen Reserve zu verkürzen oder von der unternehmerischen Seite einen höheren Arbeitseinsatz attraktiv zu machen, sind positive Effekte auf die gesamtwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten im Sinne einer Niveauanhebung zu erwarten. Dies trifft auch dann zu, wenn man berücksichtigt, dass die statistisch gemessene durchschnittliche Arbeitsproduktivität durch die (Wieder-)Einglie-

derung von Personen aus sogenannten Problemgruppen in den Arbeitsmarkt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gedämpft wird. In die gleiche Richtung wirkt kurzfristig, dass der Rationalisierungsdruck, der in einer forcierten Kapitalintensivierung seinen Ausdruck findet, inzwischen erheblich an Brisanz verloren hat und es zu einem deutlichen Wechsel in den Investitionsmotiven hin zu Erweiterungsmaßnahmen gekommen ist. Insgesamt ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Beschäftigungsintensität zu erhöhen, ohne die eigentlichen Wachstumsgrundlagen zu beschädigen. Die Anpassung an den neuen, höheren Entwicklungspfad der Gesamtwirtschaft wird sich in der Realität jedoch auch in Abhängigkeit von konjunkturellen Einflüssen über einen längeren Zeitraum vollziehen, so dass für den Konvergenzzeitraum mit temporär stärkeren Wachstumsraten zu rechnen ist. Das gilt auch deshalb, weil die frei gewordenen Handlungsspielräume erfahrungsgemäß erst allmählich ausgeschöpft werden.

Disaggregierte Potenzialschätzung auf produktionstheoretischer Basis

Das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft kann allerdings nicht exakt bestimmt werden. Die Unsicherheit wird noch erhöht, wenn sich die Schätzung – wie im vorliegenden Fall – auf eine Phase der Anpassung an neue Arbeitsmarkt- und Umfeldbedingungen bezieht, die noch nicht abgeschlossen ist. Die Effektivität der Reformmaßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann gegenwärtig nur vorläufig beurteilt werden, zumal

*Potenzial-
schätzungen
mit Unsicher-
heit behaftet*

Methoden-
vielfalt bei
Potenzial-
schätzungen

keine verlässlichen Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit der Wirkungen vorliegen.

In der Wirtschaftsanalyse wird eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden und Verfahren angewandt, um das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft näher zu bestimmen.⁶⁾ Technisch gesprochen ergibt es sich daraus, dass aus dem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als beobachtbarer gesamtwirtschaftlicher Produktionsgröße die Trendkomponente extrahiert wird. Vor diesem Hintergrund unmittelbar einleuchtend ist die Anwendung statistischer Filterverfahren, die in aller Regel die Zeitreihe um diejenigen (modelltypischen) Schwingungen bereinigen, welche aufgrund ihrer Frequenz üblicherweise dem Konjunkturbereich, der Saisonfigur oder einer irregulären Komponente zuzurechnen sind. Im Unterschied zu diesen rein statistischen Techniken finden alternativ produktionstheoretische Methoden Anwendung, in deren Zentrum das theoretische Konstrukt einer aggregierten Produktionsfunktion mit mehreren Input-Faktoren steht. Obgleich auch dieser Ansatz in der Praxis kaum ohne Glättung der Basisreihen auskommt, ist es als vorteilhaft anzusehen, dass das Produktionspotenzial auf wesentliche ökonomische Bestimmungsgründe zurückgeführt werden kann. Im vorliegenden Kontext ist dieser Umstand von besonderer Wichtigkeit, weil dadurch nicht nur die direkten Effekte der Strukturereformen über den Produktionsfaktor Arbeit, sondern – zumindest im Ansatz – auch deren Wechselwirkungen auf die Produktivität und die Sachkapitalbildung in die Schätzung des Produktionspotenzials integriert werden können.

Anteil ausgewählter Wirtschaftsbereiche am nominalen BIP im Jahr 2006

| Wirtschaftsbereich | Bruttowertschöpfung in Mrd € | Anteil am Bruttoinlandsprodukt in % |
|--|------------------------------|-------------------------------------|
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 17,84 | 0,8 |
| Unternehmenssektor | 1 608,38 | 69,3 |
| darunter: | | |
| Verarbeitendes Gewerbe | 474,31 | 20,4 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 250,04 | 10,8 |
| Öffentliche und private Dienstleister | 468,00 | 20,2 |
| darunter: | | |
| Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | 120,68 | 5,2 |
| Erziehung und Unterricht | 92,95 | 4,0 |
| Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen | 149,49 | 6,4 |
| Sonstige öffentliche und private Dienstleister | 97,94 | 4,2 |
| Häusliche Dienste | 6,94 | 0,3 |
| alle Wirtschaftsbereiche | 2 094,22 | 90,2 |
| nachrichtlich: | | |
| Nettogütersteuern | 227,98 | 9,8 |
| Bruttoinlandsprodukt | 2 322,20 | 100 |

Deutsche Bundesbank

Eine produktionstheoretische Fundierung ist jedoch nicht für alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen geeignet. Sie ist aus konzeptioneller Sicht grundsätzlich für den Sektor der marktorientierten Produktionsunternehmen angemessen. Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister sind die Bedingungen hierfür angesichts vorherrschender Nicht-Marktproduktion und überwiegend inputorientierter Outputmessung hingegen faktisch nicht gegeben. Außerdem werden aufgrund struktureller Eigenheiten innerhalb dieser beiden Hauptsektoren die Wohnungswirtschaft und der Gesundheitsbereich analytisch gesondert behandelt.

*Disaggregierter
Ansatz*

⁶ Vgl. dazu z. B.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland, Monatsbericht, März 2003, S. 43–54.



*Unternehmens-
sektor ohne
Wohnungs-
wirtschaft*

Im Zentrum der Potenzialrechnung steht der Unternehmenssektor ohne Wohnungswirtschaft, der das Produzierende Gewerbe, den Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsbereich, das Gastgewerbe sowie die unternehmensnahen Dienstleister (entsprechend ohne Grundstücks- und Wohnungswesen) umfasst und etwa zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der deutschen Volkswirtschaft (zu Herstellungspreisen bewertet) erzeugt. Die Gesamtleistung dieses Kernsegments wird modelltheoretisch unter vereinfachenden Annahmen hinsichtlich der Faktorsubstitutionalität von den beiden Primärfaktoren Arbeit und Kapital erbracht, wobei die Produktionsfunktion konstante Skalenerträge aufweist und autonomer technischer Fortschritt über die totale Faktorproduktivität (TFP) zugelassen ist. Der Einsatz des Faktors Arbeit wird in Ar-

beitsstunden der Erwerbstätigen gemessen, während die Kapitaldienstleistungen durch das private Anlagevermögen (ohne Wohnbauten) approximiert werden. Das Potenzialwachstum des Unternehmenssektors ergibt sich, indem die Veränderungsdaten der Wachstumskomponenten geglättet und über die Bestimmungsgleichung der Solow-Wachstumszerlegung verknüpft werden. Für eine Schätzung der mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven wird vollständige Konkurrenz auf den Güter- und Faktormärkten unterstellt. Damit kann die sektorale Arbeitseinkommensquote als Gewichtungsfaktor zur Ermittlung der Wachstumsbeiträge fungieren.

In den betrachteten Wirtschaftszweigen des Unternehmensbereichs hat die Sachkapitalbildung infolge der seit drei Jahren wieder kräftigen Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen sowie – etwas verzögert – nach gewerblichen Bauten merklich zugelegt. Rein rechnerisch dürfte sich der Beitrag des unternehmerischen Kapitalstocks zum Potenzialwachstum in diesem und im kommenden Jahr mit durchschnittlich gut einem viertel Prozentpunkt im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahrzehnts deutlich erhöht haben. Während sich der Schätzung zufolge der Beitrag der totalen Faktorproduktivität vom erhöhten Niveau des Vorjahres ausgehend etwas abschwächen wird, deutet sich beim Arbeitsvolumen am aktuellen Rand das Auslaufen des jahrelang dämpfenden Einflusses an. Vor dem Hintergrund durchweg negativer Beiträge, die das Potenzialwachstum seit 1991 um bis zu einem viertel Prozentpunkt pro Jahr drückten, stellt dieser Befund im Kontext der

gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung ein bemerkenswertes Novum dar.

*Wohnungs-
wirtschaft*

Die Wohnungswirtschaft, die gut ein Zehntel der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche erbringt, wird über eine limitationale Produktionsfunktion mit dem Wohnungsbestand als bestimmendem Faktor modelliert. Die langjährige Anpassungskrise, welche die vereinigungsbedingten Übertreibungen im Wohnungsbau korrigierte, hat ebenso wie die ungünstige demographische Perspektive sichtbare Bremsspuren in der Kapitalakkumulation dieses Sektors hinterlassen. Dies wird nicht zuletzt aufgrund der typischerweise langen Nutzungsdauer von Wohngebäuden die Wachstumsaussichten der Wohnungswirtschaft längerfristig einschränken.

*Öffentliche und
private Dienst-
leister*

Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, die – entstehungsseitig betrachtet – gut ein Fünftel zur Gesamtleistung der deutschen Volkswirtschaft beitragen, ist aus den genannten Gründen die Annahme einer herkömmlichen Produktionsfunktion konzeptionell nicht geeignet. Dennoch dürfte die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister im Allgemeinen sowohl permanenten als auch temporären Einflüssen unterliegen. Von den Zyklen im Unternehmensbereich unterscheidet sich die transitorische Komponente dieses Sektors jedoch neben ihrer Intensität vor allem dadurch, dass sie weniger marktgetriebene Konjunkturbewegungen als vielmehr politisch initiierte beziehungsweise gesteuerte Anpassungsprozesse widerspiegelt. Der Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zufolge umfasst der Wirtschaftsbereich der öf-

fentlichen und privaten Dienstleister – abgesehen von den quantitativ untergeordneten häuslichen Diensten – vier Teilsegmente, deren Wertschöpfungsanteile in ähnlicher Größenordnung liegen.

Aufgrund seiner Wachstumsdynamik nimmt das Gesundheitswesen eine Sonderstellung ein und wird daher im Rahmen der Potenzialschätzung separat behandelt. Bis 2003 expandierte dieser Teilbereich besonders kräftig, was – von wirtschaftspolitischen Fehlsteuerungen abgesehen – grundsätzlich damit zusammenhängt, dass einerseits die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt und andererseits der medizinisch-technische Fortschritt auch von der Angebotsseite ein relativ starkes Wachstum der Leistungen dieses Bereichs fördert. Durch die Gesundheitsreform, die zum 1. Januar 2004 in Kraft trat, wurde der steile Trend mit Rücksicht auf die Kostenexplosion in den sozialen Sicherungssystemen zwar gedämpft; die Eigendynamik dieses typischen Wachstumsmarktes sollte dadurch aber auf längere Sicht nicht in Frage stehen. Die Nachfrage nach Produkten des Gesundheitswesens wird angesichts der demographischen Perspektive eher an Bedeutung gewinnen, und der medizinische und pharmazeutische Fortschritt bleibt wünschenswert.⁷⁾

*Gesundheits-
bereich*

Im Schätzverfahren werden die Wachstumsmöglichkeiten des Gesundheitsbereichs mit der Potenzialrate des Unternehmenssektors zuzüglich eines Ratenaufschlags angesetzt.

⁷ Letztlich ging es bei der Gesundheitsreform um die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen und die Sicherung einer effizienten Leistungserbringung.

Dieser trägt der Tatsache Rechnung, dass mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen im Trend überproportional zunimmt. Mit etwa einem Prozentpunkt ist der Zuschlag in diesem und im kommenden Jahr zunächst vergleichsweise niedrig. Die potenzielle Leistungserstellung der öffentlichen und privaten Dienstleister außerhalb des Gesundheitssektors wird über die Erwerbstätigenentwicklung in diesen Bereichen angenähert. In Bezug auf das trendmäßige Ausgabeverhalten im öffentlichen Sektor sind seit einigen Jahren zudem die Zwänge der Haushaltskonsolidierung ins Bild zu nehmen. Bei den privaten Dienstleistern schlagen Flexibilisierungsmaßnahmen im haushaltsnahen Bereich positiv zu Buche, die jedoch im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Fragestellung rechnerisch kaum ins Gewicht fallen.

Restkomponente

Schließlich ist eine Restkomponente zu berücksichtigen, die etwa ein Zehntel des BIP (zu Marktpreisen) ausmacht. Sie enthält mit der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei Wirtschaftsbereiche, die aufgrund ihrer geringen quantitativen Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft nicht eigenständig modelliert werden. Zum überwiegenden Teil erfasst die Restkomponente die Nettogütersteuern⁸⁾, die rechnerisch einen Keil zwischen der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen und dem BIP zu Marktpreisen bilden.⁹⁾

Schätzergebnisse und Interpretation

Schätzergebnisse

Den Schätzungen zufolge dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial in

diesem und im kommenden Jahr jeweils um etwa 1½ % bis 1¾ % ausweiten, nachdem sich das Potenzialwachstum zwischen 2003 und 2006 lediglich auf etwa 1¼ % bis 1½ % pro Jahr belaufen hatte. Am aktuellen Rand bewegt es sich somit in der Tendenz wieder auf Raten zu, die den gesamtdeutschen Wachstumstrend in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre prägten. Die Verbesserung ist insoweit auch als Teil einer Normalisierung zu betrachten. Während zur Abflachung des Potenzialpfads zu Anfang dieses Jahrzehnts sowohl die marktbasieren Wirtschaftszweige als auch die öffentlichen und privaten Dienstleister beitrugen, geht die gegenwärtige Stärkung der Wachstumsbasis vornehmlich vom Unternehmensbereich aus. Die Wohnungswirtschaft folgt mit weiter rückläufigen Beiträgen zum gesamtwirtschaftlichen Potenzialwachstum einer Sonderentwicklung. Aus dem Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister kommen insgesamt keine neuen Impulse für das gesamtwirtschaftliche Angebot.

Um den direkten Effekt der Arbeitsmarktreformen auf das Potenzialwachstum abzuschätzen, wurde der Trendpfad des gewerb-

Direkte und indirekte Effekte der Arbeitsmarktreformen

⁸ Unter Gütersteuern verstehen die VGR Produktions- und Importabgaben, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind (z.B. Umsatzsteuer, Versicherungssteuer, Grunderwerbsteuer). Davon abgesetzt werden die Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung geleistet werden.

⁹ Produktionstheoretisch betrachtet dürften die Nettogütersteuern die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft nicht beeinflussen. Die Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen wäre mithin das geeignete Referenzmaß für die Messung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials. In der Praxis basieren die Potenzialschätzungen jedoch in aller Regel auf dem BIP zu Marktpreisen, sodass aus Gründen der Vergleichbarkeit ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag der Nettogütersteuern in die Potenzialschätzung eingeht.

Ergebnisse der disaggregierten Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials

| Jahr | Potenzialwachstum ¹⁾ (gerundet) | Beiträge zum Potenzialwachstum ²⁾ | | | | | | | | |
|--------------------|---|--|--|----------------------------|------------------------------|--------------------|---------------------------------------|--------------------|------|----------------|
| | | Unternehmenssektor | davon: | | | | Öffentliche und private Dienstleister | davon: | | Restkomponente |
| | | | totale Faktorproduktivität ³⁾ | Kapitalstock ³⁾ | Arbeitsvolumen ³⁾ | Wohnungswirtschaft | | Gesundheitsbereich | | |
| 1996 | 1,6 | 1,03 | 0,59 | 0,20 | -0,26 | 0,50 | 0,32 | 0,18 | 0,22 | |
| 1997 | 1,6 | 1,07 | 0,67 | 0,18 | -0,27 | 0,49 | 0,28 | 0,19 | 0,23 | |
| 1998 | 1,6 | 1,10 | 0,66 | 0,17 | -0,20 | 0,47 | 0,31 | 0,20 | 0,23 | |
| 1999 | 1,6 | 1,09 | 0,67 | 0,16 | -0,16 | 0,42 | 0,33 | 0,20 | 0,23 | |
| 2000 | 1,8 | 1,24 | 0,82 | 0,14 | -0,11 | 0,39 | 0,36 | 0,21 | 0,22 | |
| 2001 | 1,7 | 1,21 | 0,83 | 0,12 | -0,13 | 0,39 | 0,31 | 0,21 | 0,22 | |
| 2002 | 1,5 | 1,03 | 0,78 | 0,07 | -0,21 | 0,39 | 0,30 | 0,23 | 0,20 | |
| 2003 | 1,3 | 0,91 | 0,74 | 0,06 | -0,27 | 0,38 | 0,23 | 0,21 | 0,19 | |
| 2004 | 1,4 | 0,95 | 0,74 | 0,06 | -0,19 | 0,34 | 0,23 | 0,21 | 0,17 | |
| 2005 | 1,4 | 0,98 | 0,75 | 0,05 | -0,16 | 0,34 | 0,24 | 0,20 | 0,17 | |
| 2006 | 1,5 | 1,10 | 0,77 | 0,08 | -0,06 | 0,31 | 0,22 | 0,20 | 0,17 | |
| 2007 ⁴⁾ | 1,6 | 1,21 | 0,65 | 0,23 | 0,06 | 0,27 | 0,22 | 0,18 | 0,16 | |
| 2008 ⁴⁾ | 1,6 | 1,26 | 0,62 | 0,30 | 0,09 | 0,25 | 0,22 | 0,18 | 0,16 | |

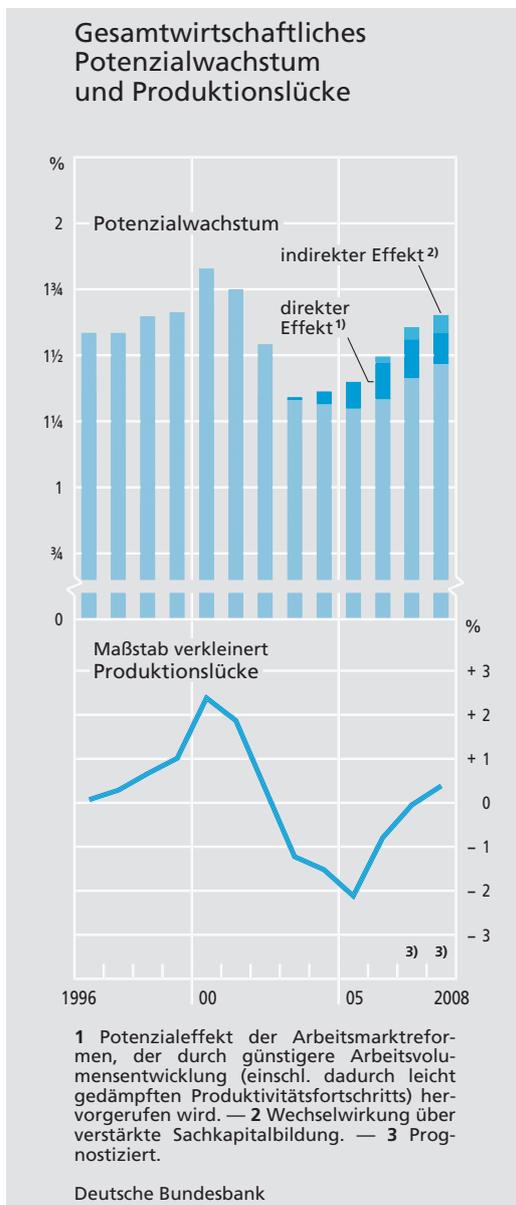
1 In Prozent. — 2 In Prozentpunkten. — 3 Unternehmenssektor ohne Wohnungswirtschaft. — 4 Prognostiziert.

Deutsche Bundesbank

lichen Arbeitsvolumens ab 2003 so angepasst, dass trotz der überaus kräftigen Erholung, welche die tatsächliche Entwicklung dieser Größe seit 2006 kennzeichnet, am aktuellen Rand keine größeren Spannungsmomente signalisiert werden. Dies ist für die Gesamtkonstitution des deutschen Arbeitsmarktes in diesem und im kommenden Jahr sicherlich eine realistische Annahme. Im Vergleich dazu wird der Trendpfad ohne diese „Nebenbedingung“ betrachtet, was im Kontext der Potenzialschätzung dem hypothetischen Fall eines Szenarios ohne Arbeitsmarktreformen entspricht. Bezüglich des direkten Effekts ist zudem in Rechnung zu stellen, dass mit dem günstigeren Trend beim Arbeitsvolumen eine schwächere Produktivitätsentwicklung einhergehen dürfte. Die vorwiegend in den Jahren 2003/04 kräftig gestiegene Zahl der Mini-

und Midi-Jobs und der danach einsetzende Anstieg der Leiharbeit, die mehrheitlich für Tätigkeiten mit geringem und mittlerem Qualifikationsprofil herangezogen wird, geben zu der Vermutung Anlass, dass von der Flexibilisierung am Arbeitsmarkt in beträchtlichem Maße geringer qualifizierte Erwerbspersonen profitieren. Auch wenn der Beitrag der TFP-Komponente aus diesem Grund etwas moderater ausfällt,¹⁰⁾ ist der Nettoeffekt auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial dennoch positiv zu veranschlagen. Der Abschätzung der indirekten Potenzialwirkung über die Sachkapitalbildung liegt die Über-

10 Es handelt sich also hierbei um Veränderungen der durchschnittlichen Stundenproduktivität, die auf Verschiebungen in der Erwerbstätigenstruktur zurückzuführen sind. Produktivitätseffekte, die auf einer Anpassung der Kapitalintensität basieren („capital deepening“), fallen hingegen nicht unter diese Kategorie.



legung zugrunde, dass in einem Wachstumsgleichgewicht die zusätzlich Erwerbstätigen entsprechend ihrer Arbeitseffizienz und der optimalen Faktoreinsatzkombination mit Kapital ausgestattet werden, wobei Anpassungsmaßnahmen dieser Art typischerweise zeitverzögert und partiell ablaufen.

Aufgrund der direkten und indirekten Effekte der Arbeitsmarktreformen wachsen die Pro-

duktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr schätzungsweise um jeweils knapp einen fünftel Prozentpunkt stärker als im hypothetischen Szenario ohne Arbeitsmarktflexibilisierung. Infolge des Anpassungsprozesses hin zu einem Gleichgewicht mit niedriger struktureller Arbeitslosigkeit weist das gesamtwirtschaftliche Potenzialwachstum derzeit wieder Jahresraten oberhalb der 1½ %-Marke auf. Dabei gewinnen zunehmend die indirekten Wechselwirkungen über die Sachkapitalbildung an Gewicht. In den Jahren 2004 und 2006 war hingegen vornehmlich der direkte Effekt wirksam; er trug dazu bei, das Potenzialwachstum bei Jahresraten von 1¼ % bis 1½ % zu stabilisieren.

Quantitative Abschätzung der Potenzial-effekte

Trotz der Stärkung der angebotsseitigen Wachstumskräfte ist die dynamische Aufwärtsbewegung, die die deutsche Volkswirtschaft derzeit prägt, hauptsächlich zyklischer Natur. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke, die 2005 noch über 2 % der Produktionskapazitäten betrug, hat sich im Vorjahr um mehr als einen Prozentpunkt reduziert. Im bisherigen Jahresverlauf hielt der Rückgang an. Insgesamt dürfte sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig im Korridor der Normalauslastung befinden, wobei – sektoral betrachtet – noch erhebliche Unterschiede im Auslastungsgrad zu konstatieren sind. Angesichts der jetzt erreichten zyklischen Position hat der Aufschwung weiterhin viel Perspektive. Dies gilt umso mehr, als sich durch die wieder vorteilhaftere Trendentwicklung auch die mittelfristigen Wachstumsaussichten aufgehellt haben, was insbesondere der Entfal-

Gesamtwirtschaftliche Produktionslücke

tung der seit Jahren verhaltenen privaten Konsumneigung dienlich sein dürfte.

*Positive
Zwischenbilanz*

Nach der Schwächung während der langwierigen Stagnation gibt es nun klare Anzeichen für eine Regeneration der gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte in Deutschland. Dies zeigt sich nicht nur in einer höheren Potenzialrate. Ebenso bemerkenswert ist, dass der mittelfristige Expansionspfad auch insofern an Qualität gewonnen hat, als die Stärkung der Wachstumsbasis vom Unternehmensbereich in Form vermehrter Sachkapitalbildung und strukturell höherem Arbeitseinsatz getragen wird. Demgegenüber hat der Anpassungsbedarf in der Wohnungswirtschaft noch dämpfend gewirkt. Hinzu kamen die Konsolidierungs- und Umstrukturierungserfordernisse im Staatssektor, die ihrerseits allerdings eine wichtige Voraussetzung für strukturelle Verbesserungen im Unternehmensbereich bildeten.

*Reformpolitik
fortsetzen*

Die prozyklische Reaktion des Produktionspotenzials ist nicht das Resultat rein statistischer Filterverfahren, die am Stichprobenende Ergebnisse dieser Art in aller Regel konstruktionsbedingt produzieren, sondern lässt sich

durch den Abbau struktureller Mängel am Arbeitsmarkt ökonomisch gut begründen. So gesehen waren die seit 2003 umgesetzten Arbeitsmarktreformen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und eine konzeptionell erforderliche Flankierung der stärker beschäftigungs- und standortorientierten Tarifpolitik. Sie allein reichen aber nicht aus, um die Wachstumsmöglichkeiten, die in der deutschen Wirtschaft prinzipiell vorhanden sind, voll zur Entfaltung zu bringen. Eine Potenzialrate von jährlich 2 %, die keineswegs als mittelfristig zu ambitioniert angesehen werden sollte, ist derzeit trotz guter Wachstumsentwicklung nicht in Sicht. Dazu bedarf es eines langen reformpolitischen Atems. Eine ausgedehnte Reformpause oder gar eine Verwässerung der bereits umgesetzten Maßnahmen würde das von der deutschen Wirtschaft mühsam zurückgewonnene Terrain wieder aufs Spiel setzen. Insbesondere sollten der Grundcharakter der Arbeitslosenversicherung als Risikoversicherung erhalten bleiben und die Anreize zur Arbeitsaufnahme weiter gestärkt werden. Die beschäftigungsfördernde Wirkung der in den letzten Jahren ergriffenen Reformmaßnahmen am Arbeitsmarkt ist im jetzigen Aufschwung klar zu erkennen.